

Institutionalisierungskomplexität von BRD-Nachhaltigkeitsinstitutionen

Wrase, Katja

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wrase, K. (2013). *Institutionalisierungskomplexität von BRD-Nachhaltigkeitsinstitutionen..* <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-341906>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Institutionalisierungskomplexität von BRD-Nachhaltigkeitsinstitutionen

Artikeleinleitung/Abstract

Forschung über und zu Politiksystemen, insbesondere BRD (Stand 2013)

In dem vorliegenden Artikel geht es um die Institutionenkomplexität im politischen System der BRD. Im Allgemeinen wird der aktuelle Forschungsstand in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Politikwissenschaft ausführlicher behandelt, das unter Einbeziehung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung (Evolution). Paradoxe Weise trägt eine vierte, bisher nicht identifizierte, Dimension des Leitbildes und zwar die politisch-kulturelle Entwicklungsseite zur Überwindung des Natur-Kultur-Gegensatzes bei (Wrase 2010).¹ Dabei sind die Erkenntnisse der Systemtheorien, insbesondere der Chaoswissenschaft derart erkenntnisleitend, dass diese systemwissenschaftliche Inter- und Transdisziplinarität überhaupt erst ermöglichen (Wrase 2010). Der besseren Übersichtlichkeit, wegen habe ich den Artikelabschnitten die Punkte 1. bis 3. zugewiesen.

1. Die Institutionen des Politiksystems BRD - 'der Papst'² Ismayr

Im folgenden Artikelabschnitt 1, (a1) bis (a9), werden die von Ismayr publizierten Ergebnisse im Überblick wiedergegeben.

1.1. Verfassungsentwicklung und -prinzipien³ (a1)

Ismayr beginnt seine Einleitung zur „Verfassungsentwicklung und Verfassungsprinzipien (Ismayr 2009a, 515)“ mit dem Jahr 1815 als sich insgesamt „[...] die 39 deutschen Territorialstaaten zur „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit“ zum Deutschen Bund [...] (ebd., 515)“ formierten. Wenn damit auch noch keine einheitliche bundesstaatliche Struktur vorhanden war, so ist die weitere Verfassungsentwicklung doch ausgiebig von dieser quasi präföderalen Struktur, die zur Föderalstruktur des politischen Systems wurde, vorherbestimmt (ebd., 515; Wrase 2010, 135). Ohne auf die historischen Einzelheiten bis in die Gegenwart im Detail einzugehen, siehe dazu den Autor, kann folgendes festgestellt werden: Ismayr stellt heraus, dass unter anderem „[...] Verfassungsänderungen [...], eine gewissen Stärkung der Länderebene sowie die Aufnahme des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatszielbestimmung (Art. 20a) (ebd., 518)“ betreffen, „während [...] zahlreiche weitgehende Änderungsvorschläge der damaligen Bonner Oppositionsparteien (Volksentscheid, Stärkung der Parlaments- und Oppositionsrechte, soziale Staatszielbestimmung) erfolglos blieben (Batt 2003, 187ff. zit. n. ebd., 518).“ Und weiter: „Fand 2002 auch der Tierschutz als Staatsziel Eingang in die Verfassung, scheiterte der auf Bundesebene im Juni 2002 erstmals von der damaligen Koalitionsfraktion (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) unternommene Versuch, die Volksgesetzgebung verfassungsrechtlich zu verankern, [...] (ebd., 518).“ Im weiteren wird die Verfassungsänderung hinsichtlich der Föderalismusreform von 2006 (rot-schwarze Koalition) und eventuelle Änderungen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen (2006) durch die Föderalismuskommission II genannt (ebd., 518).⁴ Im Band *Die politischen Systeme Osteuropas* von 2010 schreibt Ismayr: „Der verfassungsrechtlich bemerkenswert hohe Stellenwert des Umweltschutzes zeigt sich darin, dass er in mehr als zwei Dritteln (14) der Staaten nicht nur als Staatsziel verankert, sondern auch als Grundpflicht der Bürger normiert ist und diese fast überall ein Grundrecht auf eine gesunde (und gedeihliche) Umwelt haben (Ismayr 2010b, 15).“⁵

1 „[...] Politische Kultur“ bezeichnet – in der allgemeinsten Form – die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen [...] Politischer Systeme (Berg-Schlosser 1992, 746).“

2 Ismayr ist in der sozial-/politikwissenschaftlichen Forschung einer der renommiertesten Wissenschaftler auf seinem Gebiet, hierzu zählen weitere z. B. siehe LV Wrase 2010.

3 Ismayr 1999, 2009, S. 8. Gilt für den gesamten Artikelabschnitt 1.

4 Vgl. Ismayr 2009, 552 f.; Wrase 2010, 135 f..

5 1. Entweder es gibt Grundrechte, dann sind diese nicht fast überall, sondern überall gültig; 2. Umweltschutz ist nicht integrative Nachhaltigkeit, die zit. Verfassungen haben eine soziale Rechtskomponente, das könnte auf integrative Nachhaltigkeit hinweisen. Umweltschutz ist zumeist hingegen End-of-Pipe-Policy [siehe Forschung z. B. Jänicke Berlin/Deutschland, u. a.. Anm. K.W.];

Nicht aber bezieht Ismayr die von Minsch u. a. 1998 veröffentlichte Enquetestudie *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit* in seine Analyse⁶ mit ein, so dass zwar der Beitrag im Sammelwerk *Die politischen Systeme Westeuropas* Zukunftsfähigkeit, Entwicklungspfade und den institutionellen Reformbedarf auch hinsichtlich mit dem Vergleich von Politiksystemen und/oder Demokratietheorien indirekt diskutiert, jedoch werden weder „strukturelle Veränderungen der Organisationssysteme BRD (und der Schweiz) [...] (Wrase 2010, 154)“ genannt noch „Institutionen für eine Politik der Nachhaltigkeit (Minsch u. a. 1998)“ und auch jene Institutionen, welche mittlerweile [außerdem, K.W.] implementiert sind, [...] werden nicht in die Analyse miteinbezogen (ebd., 155).“ Diese sind die ökologischen Grundrechte (ebd., 1998), darauf wird im Artikelabschnitt 2.1., Punkt b1, ausführlich eingegangen. Deziert hat sich der Rechtswissenschaftler Andreas Glaser 2006 mit Nachhaltigkeit und Verfassungen in seiner Veröffentlichung auseinandergesetzt.⁷

1.2. Staatsoberhaupt (a2)

Das bundesrepublikanische Staatsoberhaupt, der oder die Bundespräsident/-in hat, z. B. gemäß Grundgesetz, Repräsentativ- und Integrationsaufgabe, übt bei Bedarf eine „Reservfunktion“ (Ismayr 2009a, 519) aus, Artikel 68 GG ermächtigt das Staatsoberhaupt den Bundestag aufzulösen, der oder die Bundespräsident/-in verfügt qua Amt über ein Unterzeichnungsveto, -recht und -pflicht von Gesetzen (ebd. 518 ff.; Wrase 2010: 132 ff.). Aufgrund dieser verfassungsrechtlichen Verankerung des Amtes und den dazugehörigen Aufgaben, kann und darf es eine Institutionalisierung des ganzheitlichen Nachhaltigkeits- bzw. Mehrdimensionenmodells⁸ nicht geben.⁹

1.3. Parlament und Bundesrat, Zweikammersystem (a3)

Die Grundformen¹⁰ von Politiksystemen werden, politikwissenschaftlich, differenziert nach parlamentarischen und präsidentiellen Demokratiesystemen (Schmidt 2008, 297; Wrase 2010, 131), daher ist die Bundesrepublik Deutschland eine rein parlamentarische Republik (ebd., 297; ebd., 131). Dem 17 Deutschen Bundestag gehören 620 Parlamentarier an, in der Zahl sind 22 Überhangmandate enthalten und ein fraktionsloser Abgeordneter.¹¹ Die zweite Kammer in diesem Politiksystem ist der Bundesrat, dieser setzt sich zusammen aus den Landesregierungsmitgliedern (Ismayr 2009a, 520 ff.; ebd., 140 ff.). Ismayr dokumentiert Anzahl und die Einsetzung von Enquetekommissionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen (ebd., 524 f.), gleichwohl gilt das was weiter oben unter Punkt 1.1., a1 bereits erläutert wurde. So ist neben dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seit 2006 auch ein parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung institutionalisiert (Wrase 2010, 237). Erläuternd dazu Artikelabschnitt 2.2., Punkt b3.

3. die zit. gesunde und gedeihliche Umwelt ist eindimensional, 4. bürgerliche Grundpflicht und -recht auf eine gesunde u. gedeihliche Umwelt, kann eventuell für die Bürger tatsächlich gesund und gedeihlich sein, nicht aber für nachfolgende Generationen, weil gesund u. gedeihlich momentan, aber nun mal nicht immer gesund u. gedeihlich ist: das was eben noch gesund war, macht morgen ggf. schon krank. Und auch hier gilt: es geht um die Spezies Mensch, das Erdsystem wird in irgendeiner Form bis zur nächsten 'kosmischen Katastrophe' weiter evolvieren. Also: auch hier bezieht Ismayr die aktuelle Forschung zur nachhaltigen Entwicklung, mehrdimensional, nicht mit ein [Wrase 2010].

6 Vgl. Literaturverzeichnis Ismayr 2009, 559 ff.

7 Vgl. Glaser 2006.

8 Vom Nachhaltigkeitsdreieck zum Nachhaltigkeitsviereck, die Dimensionen: ökologische, ökonomische, soziale & pol.-kulturelle Entwicklungsseite (vgl. Wrase, Kapitel 2: Die Quadratur des Dreiecks, FN 4 ◇).

9 Vgl. Wrase 2010, 9 f..

10 Vgl. www.bundestag.de/bundestag/index.jsp

11 Ebd.

1.4. Regierung und Verwaltung (a4)

Nach Winfried Steffani sind die Republikformen in vier Unterformen zu unterteilen, dazu betrachtet Steffani die Kompetenzverteilung zwischen dem Staatsoberhaupt, Regierung und Regierungschef/-in. In der Bundesrepublik Deutschland hat der/die Regierungschef/-in eindeutig mehr Kompetenzen übertragen bekommen. Dies geht, wie allgemein bekannt ist, auf die Erfahrungen mit der Weimarer Demokratie zurück (Schmidt 2008, 294 f.; Wrase 2010, 132). Gemäß Art. 62 GG bedeutet das für die BRD, dass die Exekutive verfassungsrechtlich aus dem/der Bundeskanzler/-in und den Bundesministerinnen/-n besteht. Zusammengenommen bilden diese das Bundeskabinett, dazu gehören faktisch auch die Parlamentarischen Staatssekretärinnen/-e (Ismayr 2009a, 527, 531; ebd., 132). Die daher auch als Kanzlerdemokratie bezeichnete Regierung, welche aus der Richtlinienkompetenz hervorgegangen ist, wird jedoch sowohl von grundgesetzlicher Seite „[...] und mehr noch in der Praxis von Koalitionsregierungen durch das kollegiale Kabinettsprinzip sowie das Ressortprinzip eingeschränkt (Art. 65 GG) (ebd., 530 f.).“¹² Detailliert und ausführlich vgl. Ismayr 2009.

1.5. Gesetzgebungsprozess (a5)

Ismayr analysiert detailliert im Kapitelabschnitt 6. den Gesetzgebungsprozess (ebd., 531) seit den 1950er Jahren historisch, verfassungsrechtlich, nach check and balance, Systemablauf (z. B. Lesungen, vgl. ebd., 533), Systemveränderungen usw.¹³ Ismayr: „Zunehmende Bedeutung kommt hier auch der wissenschaftlichen Politikberatung zu – in Form von Expertisen, Kommissionen und Anhörungen. Die Anforderungen zur Gesetzesfolgenabschätzung wurden mit der Verankerung in der im Juli 2000 neu gefassten „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien“ erhöht (§§ 43, 44 GOBT) (ebd., 533).“

Minsch u. a. 1998: „Künftig sollte bei zentralen Gesetzesprojekten eine diskursive Abschätzung der Folgen durch betroffene, beteiligte und fachkompetente Kreise zu allen Aspekten der Nachhaltigkeit integrativ erstellt werden (ebd., 177; Wrase 2010, 197).“ Die Betonung bei Ismayr liegt auf Einordnung von Systemveränderungen des politischen Systems BRD, hier der Gesetzgebungsprozess; bei der Enquetestudie auf den Aspekten *integrativer Nachhaltigkeit* [Herv., K.W.] also somit Systemeволюtion.¹⁴

1.6. Massenmedien (a9)

Ismayr widmet sich in diesem Kapitelabschnitt ausführlich der Entwicklung, Kultur und der geltenden rundfunkstaatlichen/medienrechtlichen Rechtsprechung von Massenmedien, zu denen das Fernsehen, Hörfunk, privat und öffentlich-rechtlich, sowie die Print- und Onlineangebote in Deutschland gehören (Ismayr 2009a, 548 ff.). Aus der Perspektive der Nachhaltigen Entwicklung beschäftigt sich der Artikelabschnitt 2 mit den Massen-

¹² Vgl. Wrase 2010, 132.

¹³ Im ismayrischen Konzept wird im folgenden das Wahlsystem u. -verhalten, Parteiensystem u. innerpartl. Willensbildung sowie Interessenverbände u. -vermittlung behandelt, diese Punkte (6, 7, 8) werden hier nicht thematisiert.

¹⁴ „Der menschlichen Faktor bzw. das Evolutionsprodukt Mensch gilt im Erdsystem als Anthroposphärenaggregat, das sich zusammensetzt aus jedem „[...] individuellen Menschenleben, Handlungen und Erzeugnissen sowie einer in Entstehung begriffenen Weltbewusstseinsgröße, dem <<Globalen Subjekt>> (Schellnhuber; Held 2003a, 69).“ Sowohl durch externe Antriebskräfte, für die Autoren ist das die Variation von Solareinstrahlung, Asteroideneinschläge und so weiter, als auch durch interne, auf der Erdoberfläche und im Erdinnern auftretende Wechselwirkungen, kommt es immer wieder zum Wandel des Erdsystems. Diese dem Erdsystem innewohnenden Veränderungen werden seit der Entwicklung hin zur menschlichen Zivilisation als *Ko-Evolution* von *Natur* und *Kultur* [Hervorh. K. W.] bezeichnet (Wrase 2010: 15).“ Anders formuliert: $1+1=1+1$ [biovariable/-r Formel/Ausdruck, Wrase]. Die Native People drücken es z. B. wie folgt aus: „Ich bin das Land, meine Augen sind der Himmel, meine Glieder die Bäume, ich bin der Fluss, die Wassertiefe. Ich bin nicht hier, um die Natur zu beherrschen oder auszubeuten. Ich bin selbst Natur.“ Gebet der Hopi, Quelle unbekannt (Wrase 2010, 15).“

medien.

Im folgenden behandelt Ismayr dann noch die Themen zur politischen Kultur und Partizipation, zum Rechtssystem und Verfassungsgerichtsbarkeit, die Regional- und Kommunalpolitik sowie die Europapolitik und internationale Beziehungen (ebd., 550 ff.). Die Ergebnisse fasst Ismayr abschließend ausblicksartig zusammen.

Interessierten sei empfohlen die entsprechende Literatur zu lesen, an dieser Stelle wird nicht vertiefend darauf eingegangen.

2. 'Die Bibel'¹⁵: Enquetestudien: die Institutionen (a) + Nachhaltigkeitsinstitutionen der BRD (b) (Minsch u. a. 1998; Wrase 2010) = Institutionalisierungskomplexität BRD(c)

2.1. (a1) + ökologische Grundrechte (b1)¹⁶ = (c1)

Einen deutlichen Schwerpunkt im Kapitel über die ökologischen Grundrechte der IWÖ/IFOK-Enquetestudie bildet die philosophische Literatur zum Kapitelabschnitt (Minsch u. a. 1998, 283), welche Veröffentlichungen aus dem Zeitraum von 1987 bis 1996 zitiert. Die wissenschaftlichen Abhandlungen sind auf den Gebieten der Rechts-,V erfassungs-, Naturrechtsphilosophie und praktischen Philosophie veröffentlicht (ebd., 283).¹⁷ Dabei handelt es sich um Grundlagenforschung.

„Die Bundesrepublik Deutschland hat die Nachhaltige Entwicklung im Artikel 20a Grundgesetz als Staatsziel definiert (IDANE 2007, 57; ebd., 282). Der Artikel 20a ist gemäß der in der Enquetestudie zitierten Literatur als Kompromiss zwischen dem anthropozentrierten Grundgesetz und einer ökozentrierten Rechtsauffassung zu werten. Denn die grundsätzliche Lesart des BRD Grundgesetzes ist nicht zu Ungunsten dieses aufgehoben worden (ebd., 282). Mit Verankerung im Artikel 20a, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, verzichtet der Rechtstext auf „[...] explizite Klarstellung und (übergibt) somit dem Bundesverfassungsgericht die Aufgabe der Interpretation (ebd., 282; Wrase 2010, 248).“

2.2. (a3) + Nachhaltigkeitsausschuss des Deutschen Bundestages (b3)¹⁸ = (c)

Ein Nachhaltigkeitsausschuss (Minsch u. a. 1998, 263 ff.) ist in der BRD nicht institutionalisiert, mittlerweile verfügt das Parlament jedoch nicht nur über einen Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Wrase 2010, 237), sondern seit 2006 auch über einen parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung¹⁹ Neueinsetzung 12/2009 (ebd., 237). Der Beirat für nachhaltige Entwicklung unterstützt mit seinen 22 (Fraktions)mitgliedern der Bundestagsparteien die nationale und die europäische Weiterentwicklung der jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien²⁰ (ebd., 237).

2.3. (a4) + Nachhaltigkeitsrat bei der Bundesregierung (b4) + Staatsminister im BundeskanzlerInnenamt für Nachhaltige Entwicklung u. Ombudsleute i. d. Ministerien (b4)²¹ = (c)

www.nachhaltigkeitsrat.de, unter dieser URL findet man im Internet den Rat für nachhaltige Entwicklung, der einstimmig 1998 durch das Parlament der BRD beschlossen, durch die Bundesregierung eingesetzt wurde und im Jahr 2001 seine Arbeit aufgenommen hat (Minsch u. a. 1998, 270 ff.; Wrase 2010, 238 f.).

15 Brockhaus: „Bibel (griech. ta biblia ‚die Bücher‘) [...] (1968: 279)“, die Themen der Enquete-Kommission *Schutz des Menschen und der Umwelt* waren: „[...] Nationaler Umweltplan, Globalisierung u. Nachhaltigkeit, Institutionelle Reformen, Umweltbewußtsein u. -verhalten, Risiko- u. Technikakzeptanz, Bauen u. Wohnen, Versauerung der Böden“ (Caspers-Merk in Minsch u. a. 1998; Wrase 2010, 175).

16 Vgl. Minsch u. a. 1998.

17 Vgl. Überblick u. Einführung z. B. Dtv-Atlas zur Philosophie 1993. Aktuell 2011, vgl. www.dtv-de.

18 Vgl. Minsch u. a. 1998.

19 www.bundestag.de/bundestag/gremien/nachhaltigkeit

20 www.bundestag.de/bundestag/gremien/nachhaltigkeit

21 Vgl. Minsch u. a. 1998.

2006 ist in der Bundesrepublik Deutschland der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung institutionalisiert worden. Diesem, auch als 'Green Cabinet' (IDANE 2007, 58, BRD-Fortschrittsberichte 2004, 2008) oder Nachhaltigkeitskabinet²² bezeichnete Gremium, gehören die Staatssekretäre aller Ressorts an. Die Leitung des 'Green Cabinets' obliegt dem Chef des Bundeskanzler/-innenamts (Wrase 2010, 241; www.bundesregierung.de).

Die Institutionen sind der Ausgleichs- und Konfliktregelungsstrategie zugeordnet, so dass „[...] schlecht organisierbare Interessen eigene „Anwälte“ (Advokaten) zugewiesen bekommen, die deren Interessen im politischen Prozeß vertreten; oder die Vertreter von Langzeitinteressen können im politischen Geschäft gestärkt und Informationsquellen pluralisiert werden (Minsch u. a. 1998, 261).“ Die weiter oben genannte Institution, Punkt 2.2. ist ebenfalls eine advokatorische Institution.

2.4. (a5) + Expertengremien zur Gesetzesvorbereitung, Technikfolgenabschätzung: von der Politik- zur Gesellschaftsberatung, Gesetzesfolgenabschätzung im Sinne der Nachhaltigkeit, Diskursive Öffnung von Gesetzgebungsverfahren²³ (b5) = (c)

Weiter oben ist bereits die Gesetzesfolgenabschätzung im Sinne der Nachhaltigkeit erläutert worden, die Expertengremien zur Gesetzesvorbereitung und die diskursive Öffnung von Gesetzgebungsverfahren sind ausführlich in der zitierten Literatur dargestellt. Lediglich auf die „Technikfolgeabschätzung: von der Politik- zur Gesellschaftsberatung“ wird in diesem Artikel ausführlicher eingegangen. Das Konzept der Gesellschaftsberatung haben die unterschiedlichsten Institute entwickelt, darunter u. a. das KWI Essen/Deutschland.

Aufgrund eines veränderten Verständnisses von Technikfolgenabschätzung, also die wissenschaftliche Politikberatung TA von Experten für Eliten, entwickelte sich die „Gesellschaftsberatung“ (Mayntz 1994, 20 zit. n. Minsch u. a. 1998, 170; Wrase 2010, 190 f.). Zitat Wrase: „Das Konzept Gesellschaftsberatung kann grob skizzierend mit Umkehrung der Vortragsworte von Prof. Leggewie am 04.02.2009 zusammengefasst werden. Leggewie referierte zum Thema des Vortrags: „Alle reden vom Klima – Was die Kultur zur Natur zu sagen hat“, in der Umkehrung müsste das für das Konzept Gesellschaftsberatung lauten: *Alle reden vom Klima – Was die Natur zur Kultur zu sagen hat*. So wird jedoch Gesellschaftsberatung im Grunde nicht unbedingt verstanden, denn die Studienverfasser,[...], argumentieren: „Angesichts der technologischen Prägung kann es auch zur Aufgabe der TA werden, die Wechselwirkungen zwischen technologischer, kultureller und politischer Entwicklung aus der Perspektive des verantwortungsvollen Staatsbürgers zu reflektieren (Minsch u. a. 1998, 171);“ d. h. vormals haben Experten, hier Wissenschaftler die Eliten beraten und tun es noch, nachdem beraten Experten, hier qualifizierte Staatsbürger die Eliten. Damit ist jedoch nicht vorausgesetzt, dass der Kommunikationscode des Erdsystems, die Bifurkationen, entschlüsselt werden können, da nur Experten ausgetauscht werden. Diese Überlegungen zum Konzept Gesellschaftsberatung sollen im folgenden an einem Beispiel deutlicher werden.

Es kann sein, dass ein Kernkraftwerk vormals Gegenstand der Experten TA war und nun Gegenstand der zivilgesellschaftlichen Experten ist. Das AKW, umgangssprachlich formuliert, 'kommt nicht zu Wort und wird demzufolge nicht gehört'. Der Fernsehsender BR alpha strahlte die Sendung alpha-centauri mit Harald Lesch, Professor für theoretische Astrophysik und Naturphilosophie an der Hochschule für Philosophie München/Deutschland aus. Eine dieser Sendungen beschäftigt sich mit der Frage *Gibt es natürliche Reaktoren?*²⁴, also natürliche Kernspaltungsreaktoren, AKWs. Der Zuschauer

22 BMU 2007, www.bmu.de/nachhaltige_entwicklung/nachhaltigkeit_im_dialog/doc/38943.php, vgl. Wrase 2010, 241.

23 Vgl. Minsch u. a. 1998.

24 Vgl. BR alpha-centauri, www.br-online.de/br-alpha/alpha-centauri/alpha-centauri-videothek-2006-ID1208180856732.xml.

erfuhr, um es kurz zu machen, tatsächlich hat ein französischer Techniker 1972 in einem Bergwerk in Oklo, Gabun/Zentralafrika, einen mittlerweile seit 2 Milliarden Jahren „natürlich stillgelegten bzw. abgeschalteten“ Reaktortyp entdeckt, nämlich einen natürlichen Reaktor. Ohne hier auf weitere nuklearphysikalische bzw. –technische Einzelheiten einzugehen, hat der natürliche Reaktor 10 Tonnen Uran 238²⁵ und 4 Tonnen Plutonium über einen Zeitraum von mehreren 100.000 Jahren mit einer Nennleistung von ca. 100 Kilowatt Energie mittels Kernspaltung fusioniert. Zur Kernspaltung im Atomreaktor Oklo kam es immer dann, wenn ausreichend Wasser durch Regen dem Mineral die Möglichkeit gab, zu reagieren. Erhitzte und verdampfte infolgedessen das Wasser mittels Sonneneinstrahlung, schaltete der Reaktor selbst ab. Wurde das Wasserreservoir wieder aufgefüllt, schaltete der Reaktor sich wieder von selbst an (Lesch gebraucht den Begriff 'kontrolliertes Kernkraftwerk'). Über den gesamten Betriebszeitraum ist es zu keinem atomaren Zwischenfall gekommen, da wie Lesch erklärt, das Wasser eine 'moderierende' (Lesch 2006) Funktion, siehe oben, übernommen hatte. Interessant nun für Physikerinnen und Physiker, ist nicht nur, dass Oklo ein in der Natur und von der Natur durchgeführtes Experiment ist, also die Physik vor 2 Milliarden Jahren,²⁶ sondern dass dieses auch Aufschluss darüber gibt, wie sich radioaktiver Abfall in der Natur verhält. Dann wiederum kann man fragen, so Lesch, wie atomarer Restmüll bei 'unnatürlichen' Atomkraftwerken entsorgt wird. Ist nach umfangreichen, langwierigen Untersuchungen ein geologisch geeignetes Zwischen- und/oder Endlager genehmigt, wird der Atomwaste an einem anderen Ort deponiert. Anders beim Okloreaktor: der radioaktive Abfall in der Natur hat sich nicht vom Fusionsort entfernt.²⁷ Das Referieren des Sendeinhalts *Gibt es einen natürlichen Kernspaltungsreaktor?* wäre demnach Beispiel dafür, dass Experten über Gegenstände, hier über die atomare Energieerzeugung und Lagerung, beraten, sich nicht jedoch von den Gegenständen selbst beraten lassen [...]. Gleichwohl wollen diese Überlegungen Konzepte und Methoden von Gesellschaftsberatung nicht grundsätzlich in Frage stellen, denn von deren positiven Wirkungen und Erfolgen wird sowohl in der Literatur und Forschung als auch auf dem Gebiet der Anwendung berichtet (Minsch u. a. 1998, 170 ff.; Leggewie 2007) (Wrase 2010, 192 f.).“

2.5. (a9)+Massenmedien & Nachhaltigkeit, nachhaltige Massenmedien (b9) = (c)

Die Massenmedien, ganz gleich ob Hörfunk, Fernsehen, Print- oder Onlineangebote können und leisten zum einen in vielfältiger Art und Weise einen/ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung (vgl. z. B. Minsch u. a. 1998; Wrase 2010). Durch die rasante technologische Entwicklung, z. B. das mobile Internet, ist die Kommunikation weltweit global und global verfügbar. Inwieweit es hier zu den s. g. Reboundeffekten in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung kommt, soll an dieser Stelle nicht thematisiert werden (vgl. dazu die Forschung). Bemerkenswert ist allerdings, dass zwar selbstverständlich in und von den Massenmedien über Nachhaltige Entwicklung berichtet wird, die bisher vorgestellten Institutionen, welche selber in Form von z. B. Presse- und Onlineangeboten ihre Arbeit kommunizieren, nicht Gegenstand wiederkehrender Berichterstattung z. B. in den Hauptnachrichtensendungen des Deutschen Fernsehens etc. sind. Über Nachhaltige Entwicklung wird dann berichtet, wenn ein besonderes tagespolitisches Ereignis z. B. in Form von Klima- oder Weltumweltgipfeln, Extremwetter-

25 In 'unnatürlichen' Atomkraftwerken wird Uran 235 produziert, das o. g. Uran 238 ist bisher nur beim Okloreaktor nachgewiesen worden, also auch nicht in Asteroiden-, im Mond-, Erd- oder sonstigen Gesteinsformationen und hat etwas mit der Isotopenzusammensetzung zu tun. So dass es als gesichert gilt, dass es sich hier um den ersten natürlichen Reaktor des Planeten Erde handelt (Lesch 2006, www.br-online.de/br-alpha/alpha-centauri/alpha-centauri-videothek-2006-ID1208180856732.xml).

26 Das gestattet wiederum Rückschlüsse zu ziehen, auf Fragen hinsichtlich der Veränderlichkeit oder Unveränderlichkeit der Naturkonstanten (Lesch 2006, www.br-online.de/br-alpha/alpha-centauri/alpha-centauri-videothek-2006-ID1208180856732.xml).

27 Vgl. Lesch 2006, www.br-online.de/br-alpha/alpha-centauri/alpha-centauri-videothek-2006-ID1208180-856732.xml.

ereignissen usw. stattfindet. Desweiteren wird in Deutschland über die Institutionen bzw. das politische System, welche/-s Ismayr beschreibt und dokumentiert regelmäßig berichtet, so z. B. über politische Ereignisse im Bundestag und Bundesrat, nicht aber beispielsweise vom bundesrepublikanischen Rat für Nachhaltige Entwicklung usw. An dieser Stelle könnte mit dem Bildungsauftrag von Medien argumentiert werden, gleichwohl sollte man annehmen, dass dies simple journalistische Haltung und Einstellung ist: es wird berichtet worüber es etwas zu berichten gibt. Um es in den Worten der Marketingabteilungen der Medienwirtschaft auszudrücken: „So habe ich das noch nie gesehen“ oder „Anders fernsehen“ oder „Hier können Sie sich das ganze Bild machen“ oder „Mit dem Zweiten sieht man besser (Werbeslogans der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender).“²⁸

3. Zusammenfassung und Ausblick

Im Artikel am Beispiel des politischen Systems und den Institutionen (Ismayr 2009a; Minsch u. a. 1998; Wrase 2010) der BRD ist Verschiedenes deutlich gemacht worden. Ismayr, 'der Papst', ist in der Sozial- und Politikwissenschaft eine der ersten Adressen, nicht nur für angehende und höhere Studiensemester an den Hochschulen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen Seine Werke, hierzu gehört auch *Die politischen Systeme Osteuropas* (Ismayr 2010b), zählen zu den Standardveröffentlichungen und sind dementsprechend nicht zu ignorierende Quellen, will man zu und über Politiksysteme arbeiten. Sicherlich kann und darf dem Wissenschaftler Ismayr nicht vorgeschrieben werden, worüber und wozu er veröffentlicht. Wenn Ismayr also die Ergebnisse der Enquete-Kommission, 'Die Bibel', und deren Veröffentlichungen nicht in seine Analyse miteinbezieht, mindert dies nicht sein Werk. Gleichwohl haben wir es hier wissenschaftlich mit Veränderungen und Entwicklungen von (Politik)Systemen zu tun, welche nun ihrerseits wiederum nicht von Ismayr ignoriert werden sollten. Denn Zitat Abromeit, Stoiber: „Regierungssystem, comparative government und politisches System, comparative politics, ist die Politydimension „[...] und umfasst somit die – zumeist in der Verfassung aufgelisteten – Institutionen, die an der Gesetzgebung und Umsetzung der Gesetze [...] federführend beteiligt sind, also die Staatsorgane, und darüber hinaus den Staatsaufbau (z. B. in Bund und Länder) (Abromeit; Stoiber 2006, 20).“ Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden komparativ über Staatsaufbau, Institutionenanzahl, -art und -organisation, Verfahrensweisen und Beziehungsgeflecht ermittelt. Inwieweit Verwaltung, Justiz und Gemeinden eines Regierungssystems betrachtet werden, ist in der politikwissenschaftlichen Forschung umstritten (ebd., 21). „Demgegenüber ist das politische System als politikwissenschaftliches Konstrukt umfassender und tendenziell amorph; es „muss einerseits mehr umfassen als nur die staatlichen Institutionen, andererseits weniger als die gesamte Gesellschaft“ (ebd., 21), es erstreckt sich vom Staat zu uns, den Bürgern (ebd., 21)“ (Wrase 2010, 131 f.).“ Eine Anmerkung Ismayrs in Form von einer Abgrenzung (Literaturhinweis) wäre meiner Meinung nach daher nicht verkehrt gewesen.

System-, insbesondere chaoswissenschaftlich handelt es sich bei der vorliegenden Erdsystemanalyse um Evolution²⁹ und Fraktale (Mandelbrot; u. a.), beim Politiksystem der BRD um ein Problemlösungs- und damit Kontextfraktal und schließlich: würde es den Erdsystemcode nicht geben, hier die Bifurkationen, gäbe es keine entsprechenden Institutionen und auch kein Sustainable Development System (Margulis 1999, 152 f.; Reichholf 2007, 13; Wrase 2010, 298 ff.).³⁰

„Intellektuelle sind Träger und Kritiker politischer Kultur (Prof. Marieluise Christadler)“

28 Es ist anzunehmen, dass die Privatsender darauf reagieren werden.

29 Auch der Wissenschaft selbst (Wrase 2010, 297).

30 „Integrativ: vierdimensional, ökologisch, endlich als auch unendlich (Wrase 2010, 306).“

4. Literatur

- Abromeit, Heidrun; Stoiber Michael: Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme. Wiesbaden 2006.
- Berg-Schlosser, Dirk: Politische Kultur. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. München 1(1992). S. 746-751.
- Bibel. In: Der neue Brockhaus. Lexikon und Wörterbuch. Wiesbaden 1(1968). S. 279.
- Die politischen Systeme Westeuropas. Hg. von Wolfgang Ismayr. Wiesbaden ⁴2009a.
- Die politischen Systeme Osteuropas. Hg. Von Wolfgang Ismayr. Wiesbaden ³2010b.
- Gebet der Hopi, Nordamerikanischer Native People Stamm.
- Glaser, Andreas: Nachhaltige Entwicklung und Demokratie. Ein Verfassungsvergleich der politischen Systeme Deutschland und der Schweiz. Kahl, Wolfgang (Hg.): Recht der Nachhaltigen Entwicklung 1. Tübingen 2006.
- IDANE – Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung 2007: Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 – Bilanz und Empfehlung für die Erneuerung. Bern 2007.
- Kunzmann; Peter; Burkard, Franz-Peter; Wiedmann, Franz: dtv-Atlas zur Philosophie. München ³03/1993.
- Mandelbrot, Benoit B.: Die fraktale Geometrie der Natur. Birkhäuser 1987 (engl. 1977).
- Margulis, Lynn: Die andere Evolution. Berlin 1999 (engl.).
- Minsch, Jürg; Feindt, Peter-Henning; Meister, Hans-Peter; Schneidewind, Uwe; Schulz, Tobias (Arbeitsgemeinschaft IWO-HSG/IFOK): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Hg. von Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages. Berlin 1998.
- Reichhoff, Josef H.: Eine kurze Naturgeschichte des letzten Jahrtausends. Frankfurt a. M. ³2007.
- Schellnhuber, Hans-Joachim; Held, Hermann: Erdsystem. In: Öko-Lexikon. Hg. von Udo E. Simonis. München 2003a. S. 69.
- Schellnhuber, Hans-Joachim; Held, Hermann: Erdsystemanalyse. In: Öko-Lexikon. Hg. von Udo E. Simonis. München 2003b. S. 69-70.
- Schmidt, Manfred, G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden ⁴2008.
- Wrase, Katja: Die politische-kulturelle Dimension des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung. Die Systeme Deutschland und die Schweiz. Ein fraktaler Vergleich.- Duisburg-Essen, Gesellschaftswiss. Fakultät., Diss. 2010. Magazinbestand (Physik) u. elektr. Ress.: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=23668> .

Internet

- Suchmaschinen: Google.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Nachhaltigkeit im Dialog. In: http://www.bmu.de/nachhaltige_entwicklung/nachhaltigkeit_im_dialog/doc/38943.php. (LV Diss. KW).
- BR alpha-centauri: Gibt es natürliche Reaktoren? (Von u. mit Harald Lesch). In: www.br-online.de/br-alpha/alpha-centauri/alpha-centauri-videothek-2006-ID1208180856732.xml.
- Deutscher Bundestag. Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland. In: <http://www.bundestag.de/bundestag/index.jsp> (27.02.2013).
- Deutscher Bundestag: Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung. In: <http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/nachhaltigkeit/index.jsp> (23.05.2008 & 27.02.2013).
- Die Bundesregierung: Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. In: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/2-Staatssekret%C3%A4rsausschuss/staatssekretaersausschuss-pressemittelungen.html> (18.06.2009 & 27.02.2013).
- dtv-Atlas Philosophie 2011. In: http://www.dtv.de/buecher/dtv-atlas_philosophie_3229.html?gclid=CKOKWqGM1rUCFcq4zAodYxAA7A (27.02.2013).
- Fortschrittsbericht 2004 (zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie). In: http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/_Anlagen/fortschrittsbericht-2004,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/fortschrittsbericht-2004 ; <http://www.bundesregierung.de> (27.02.2013).
- Fortschrittsbericht 2008 (zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie). In: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/_Anlagen/2008-11-17-fortschrittsbericht-2008,property=publicationFile.pdf ; <http://www.bundesregierung.de> (27.02.2013).
- Rat für Nachhaltige Entwicklung: Tätigkeitsbericht Rat für nachhaltige Entwicklung 2001-2007. ²⁰2007. Und in: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/> (27.02.2013).